

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 16, Holbeinstraße 44  
Fernsprecher 21366  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

**Wegpreis:**  
Ausgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,50 M. in Ostpreußen 4,50 M.  
Ausgabe B vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,50 M. in Ostpreußen 4,50 M.  
Einzelnummer 10 J.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

**Kunstreue:**  
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm.  
Preis für die Post-Zustellung 25 J. im Reichsteil 50 J. Familien-Kunstreue 20 J.  
Für unbedeutend geschriebene, sowie durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.  
Erscheinenszeiten der Redaktionen:  
11-12 Uhr vorm.

**Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.**

**Organ der Zentrumspartei.**

**Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.**

## Die Haltung des Zentrums in der Nationalversammlung.

In weiten Kreisen der deutschen Wähler hat die Haltung der Zentrumspartei und ihr Eintreten in die Regierung Scheidemann Verwunderung und Enttäuschung bereitet. Verwunderung und Enttäuschung, weil man glaubte, auch der Bindung der Wahllisten, die das Zentrum im Wahlkampf mit den beiden rechtsstehenden Parteien eingegangen war, schließen zu dürfen, daß dieser Block nun auch in der Nationalversammlung Bestand haben würde. Diejenigen, die diesen Wunsch hegten, haben mittlerweile vergessen, wie der Wahlblock zustande kam. Sie haben vergessen, daß von Seiten der drei verbundenen Parteien alles getan worden ist, um die Deutsche Demokratische Partei zu bewegen, ebenfalls dem genannten Parteibündel beizutreten. Der Beweggrund, der wohl alle drei Parteien, das Zentrum aber besonders, zur Bindung ihrer Listen verleitete, war nur der, den Sozialdemokraten eine geschlossene Front der Ordnungsparteien entgegenzustellen, um dem Übergewicht der Nichtsozialdemokraten, das so zahlenmäßig besteht, aber durch die verschiedenartigen politischen Ansichten und Absichten stark geschwächt ist, die richtige Haltung zu verschaffen. Daß dies nicht geschehen konnte, lag an der Haltung der Demokratischen Partei. Wer hätte aber im anderen Falle glauben mögen, daß die Demokratische Partei und z. B. die Deutsch-nationale Fraktion in der Nationalversammlung einen Regierungsblock bilden würden. Nebenbei liegen auch die Verhältnisse beim Zentrum. Es gibt immer noch viele, die glauben, das Zentrum sei eine katholische, also konfessionelle, und keine politische Partei. Wir leugnen gar nicht, daß die Wähler des Zentrums auch heute noch zu 90 Prozent Katholiken sind und großen Teiles deshalb Zentrum wählen, weil diese Partei die einzige ist, die im öffentlichen Leben die Auffassung vertritt, daß christliche Weltanschauung ausschlaggebend für innere und äußere Politik sein muß. Das Zentrum vertritt aber diese Auffassung nicht nur in seinen Programmen und Wahlaufrufen, sondern fest in seinem Bestehen nach seinen Kräften in die Wirklichkeit um. Es ist von jeher ein beliebtes Kampfmittel unserer Gegner gewesen, die ausschlaggebende Arbeit des Zentrums auf sozialpolitischem Gebiete totzuschweigen. Wer weiß in Deutschland überhaupt, daß die Grundlage zu unserer Arbeiterabstammung der Entwurf des Zentrumsabgeordneten Grafen Galen ist? Wir sind scharfe Gegner der Sozialdemokraten und abgrundtief trennt uns unsere Weltanschauung von ihrer materialistischen. Wir sind aber eine demokratische Partei. Unsere Partei umreißt fest im Boden des Volkes, und einen Hauptteil der Wähler stellen die christlichdenkenden Arbeiter. So wie wir uns selbstverständlich in den Ansichten der Abgeordneten die politischen Ideen des Volkes wieder. Die Zeiten sind heute vorbei, wo es genügte, daß eine angenehme Persönlichkeit in einer Wahlversammlung eine Rede hielt und darauf alles die empfohlenen Wahlzettel in die Hand nahm und zur Wahlurne marschierte. Besonders der Krieg hat auch den einfachsten Mann aufgerüttelt und ihm gezeigt, wie unzulässig seine Person mit dem Wohl und Wehe des Staates verknüpft ist. Und wer erst einmal erkannt hat, daß das, was in dem Reichstag oder dem Landtag verhandelt wird, ihn sehr wohl angeht, der hat auch das Bedürfnis, sein Wohl und Wehe nach seinen Kräften und nach seinem Willen zu verteidigen und in irgendeiner Form Einfluß auf das öffentliche Leben zu gewinnen. Nur die demokratische Staatsform bietet aber die Handhabe dazu. So ist der demokratische Gedanke in diesem Kriege ungeheuer verstärkt worden, auch in der Zentrumspartei. Es ist kein bloßer Zufall, daß die Mächte, die keine parlamentarische Regierung hatten, zusammengebrochen sind. In einem Kriege, der solche Dimensionen annahm, der in so tiefer Weise staatliche Eingriffe in das Privatleben der Menschen zeitigte, wurde der ausschlaggebende Einfluß der Volksvertreter auf die Regierungshandlungen eine Notwendigkeit. Die Diktatur eines Clemenceaus und Lloyd George waren nur in parlamentarisch regierten Staaten möglich, wo eine zielbewusste Mehrheit ihrem erkorenen Führer durch die und dann folgte. Bei uns hat man die Notwendigkeit nicht erkannt, und ausschlaggebende Kreise haben die weitestgehenden Absichten des Kaisers, der 1914 programmatisch erklärte: „Ich kenne keine Parteien mehr,“ und Bethmann Hollweg zu vereiteln gesucht. Nur in der Kommunalpolitik hat man die Sozialdemokratie zur Mitarbeit auf dem Gebiet der Ernährungsfragen herangezogen, und zwar mit dem denkbar besten Erfolg. Wir wollen auch nicht absehen, zu sagen, daß ein kleiner Teil der Zentrumspartei

ordneten sich den Notwendigkeiten der Zeit entgegenstemmen, aber das Gros der Partei hat schließlich diesen Widerstand überwunden.

Alzupät kam die parlamentarische Regierung des Prinzen Max und mit ihr der Eintritt sozialistischer Führer in die Regierung. Der Strom, dem man verkehrterweise einen Staudamm entgegenzusetzen versucht hatte, anstatt ihn in ein legales Bett zu leiten, geriet die Sperre, die radikale Revolution setzte ein. Sie hat uns so vollständig vernichtet, daß heute Deutschland das politisch und militärisch schwächste Land Europas ist und nur noch mit moralischen Waffen seine Lebensbedingungen verteidigen kann. Sollen wir nun in den Fehler der vorrevolutionären Zeit verfallen und jede Mitarbeit der Sozialdemokratie zu verhindern trachten? Können wir die Verantwortung übernehmen und als stärkste nichtsozialistische Partei in die Opposition eintreten, nur aus dem Grunde, weil die Sozialdemokratie heute die leitende Stelle in der Regierung einnimmt und weil wir eine Republik geworden sind? Leicht und angenehmer für die Partei wäre es allerdings, den Sozialisten und Demokraten die Verwaltung der Revolutionen allein zu überlassen, um später mit großer Gebe vor dem Volke sich die Hände in Unschuld zu waschen. Von welcher einschneidender Bedeutung die Beschlüsse der Nationalversammlung sein werden, darüber sind sich wohl alle Deutschen klar. Dient man aber dem Vaterlande besser, wenn man versucht, auf die Vorlagen der Regierung und die Beschlüsse der Nationalversammlung durch Mitarbeit Einfluss zu gewinnen, oder nur durch Kritik vor möglichen Schäden zu warnen? Das mögen sich diejenigen einig überlegen, die von einem Umfallen des Zentrums sprechen und in der Opposition der Deutschnationalen die höchste Staatsweisheit sehen.

In einer Versammlung der Deutschnationalen in Dresden, die gegen die Haltung des Reichsministers Erzberger bei den Waffenstillstandsverhandlungen aufs schärfste protestierte, wurde von einem Debatte-reiner die Ansicht geäußert, daß die Deutschnationalen mit einer Partei, die einen derartigen Minister unterstütze, niemals wieder eine Listensbindung eingehen sollten. Nun soll hier zu dem Problem Erzberger keinerlei Stellung genommen werden. Dem Durchschnittsmenschen, der keine Kenntnisse vom Gange der Waffenstillstandsverhandlungen, nur aus der Zeitung schöpft, ist es überhaupt nicht möglich, sich ein Bild von dem, was hätte erreicht werden können und was nicht erreicht wurde, zu machen. Erzberger hat jedenfalls die gegen ihn gerichteten Angriffe in der Nationalversammlung dank seiner hervorragenden Rednergabe mit durchschlagendem Erfolge abgewehrt. Die weiteren Ergebnisse müssen nun abgewartet werden. Jedenfalls kann man heute schon sagen, daß der Minister, der diesen Waffenstillstand zur ungeteilten Beiriedigung des deutschen Volkes abzuschließen konnte, wohl niemals existieren würde. Vom Verfallungsleiter ist allerdings jener Anfall gegen das Zentrum nicht absehbar worden. Wir wollen aber nicht verfehlen, dem betroffenen Herrn in Erinnerung zu bringen, daß die Rechtsparteien bei der Wahl zur Nationalversammlung, und Volkskammer je ein Mandat im Kreise Ostschlesens nur der Listensbindung mit dem Zentrum zu verdanken haben und daß wir stark hoffen, daß die Rechtsparteien beim Wiederaufbau unseres engeren Vaterlandes positive Arbeit leisten, auch wenn sie gezwungen sind, manche ihrer unüberwindlichen Anschauungen über die Staatsform zurückzustellen, wenn es sich nur einigermassen mit dem Gesamtnutzen vereinbaren läßt.

Die Wohlfahrt des gesamten Volkes sei das höchste Gesetz und wir dürfen uns der Arbeit an der Wohlfahrt der Allgemeinheit nicht entziehen, auch wenn diese Allgemeinheit historische und traditionelle Einrichtungen verwirft, deren Verlust wir für sehr schwer halten. Unsere zukünftige Staatsform wird die Republik sein. Wir bedauern dies lebhaft, denn wir sind überzeugt, daß sich alle sozialen Reformen und alle politischen Neuordnungen auch unter der Monarchie hätten vollziehen lassen, und daß eine Monarchie eine größere Stetigkeit in der inneren und äußeren Politik garantiert als die Republik. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß infolge des verlorenen Krieges und der Verhinderung der Umgestaltung unserer Verfassung durch die früheren politischen Machthaber der monarchische Gedanke im Volke sehr diskreditiert und allerwahrhaftig die Mehrheit des Volkes republikanisch gesinnt ist. Diejenigen, die sich mit Vorliebe als die besonderen Stützen des Thrones bezeichnen, müssen sich heute sagen, daß sie nicht schuldlos an der Entwicklung der Dinge sind.

Wer aber wollte behaupten, daß die Wohlfahrt des Volkes in einer Republik auf keinen Fall adäquat sein kann. Christliche Moral und Ethik kann jedenfalls in

einer Republik ebenso blühen und zum Wohle der Menschheit wirken wie in der Monarchie. Thron und Altar sind dieses betont, daß er für seine Person den Sturz der Monarchie für einen schweren Schaden für unser kulturell und politisches Leben hält und mit dem Verschwinden der Herrscherhäuser große geistige Werte für immer verloren gingen, die uns die Republik nicht wiederringen können.

Aber nicht nur der demokratisch-republikanische Gedanke hat eine ungeheure Stärkung erfahren, auch die sozialistische Ideen haben immer größere Massen in ihren Bann gezogen. Den sozialdemokratischen Sozialisierungsabsicht steht die Zentrumspartei durchaus ablehnend gegenüber. Hier wird man scharf zu scheiden haben von den Bestrebungen, die sich nur auf das Wirtschaftsgebiet erstrecken und denen, die auch die geistige Entwicklung der Menschheit auf dem Sozialismus aufbauen wollen.

Ob die kapitalistische Wirtschaftsordnung ein notwendigeres ist oder in eine sozialistische umgewandelt werden kann, das hängt nur von der Frage ab, ob die Umwandlung dem Allgemeinwohl zu nützt oder nicht. Grundbedingung kann man dem Staate das moralische Recht nicht absprechen, Eingriffe in das Privateigentum seiner Untertanen zugunsten der Allgemeinheit zu machen, wenn man ihm die Berechtigung zuerkennt, daß er zum Wohle der Allgemeinheit über Leben und Gesundheit seiner Untertanen verfügen darf. Grundbedingung ist aber eben hier wie dort, daß die Maßnahmen zum Wohle des Volksganzen geschehen. Wird sie nur im Interesse einer Berufsklasse vorgenommen, so widerspricht sie der Moral. Die christliche Sozialisierung stellt das Zentrum der materialistischen der Sozialdemokratie gegenüber.

Wir stehen heute sichtlich am Beginn einer neuen Weltperiode. Neue Ideen und Bestrebungen brechen sich auf nationalen und internationalen Gebieten Bahn. Das Bestreben des Zentrums ist es, auf den Grundlagen, die die Menschheit in Jahrhunderten gelegt hat, weiter zu bauen im Sinne christlicher Weltanschauung. Weder Völkerverbund noch soziale Reformen widersprechen der christlichen Moral. Im Gegenteil, würde die Menschheit wahrhaft christlich denken, wir wären längst soweit.

Daß sie führend und mitarbeitend an der Verwirklichung der Bestrebungen wahrer Menschlichkeit auf den Gebieten innerer wie äußerer Politik beteiligt ist, das ist die Stolz der Zentrumspartei und der alleinige Grund, daß sie ohne nennenswerte Einbuße die Revolutionsära überstanden hat. D. v. W.

## Der Verfassungsentwurf in der Volkskammer.

Die Frage des Staatspräsidenten in Sachsen.

Dresden, 26. Februar 1919

Das Interesse des Publikums an der Wirkksamkeit der Volkskammer hat bereits abgenommen. Die Tribünen sind zum Teile gar nicht, zum Teil nur halb besetzt. Im Saale selbst ist heute alles ordnungsgemäß und die Unabhängigen schneiden, so wie es sich gebiert, die äußerste Linke. Auf dem Platte des Herrn Fleißner von gestern hat heute der mehrheitssozialistische Abgeordnete Wintermann in seiner ganzen Behäbigkeit, die so gar nicht nach Protestiertem, sondern vielmehr nach Sozialismus aussieht. Es ist überhaupt interessant, von oben Betrachtungen anzustellen. Auch der mehrheitssozialistische Präsident Fröndel macht einen ganz gemächlichen Eindruck, während sein Kamerad Rivinski einen ganz verbissenen Ausdruck im Gesicht hat und mit verdrehten Armen soziologisch jederzeit irren bereit dastht. Das, was man aber für gewöhnlich als Rede bezeichnet, findet man so gut wie gar nicht im Saale. Der einzige, der einen geistig überragenden Eindruck macht, ist ohne Zweifel der Volksbeauftragte Gradnauer, den man ja auch tatsächlich als Herz und Seele der Mehrheitssozialdemokratie bezeichnen kann. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es in der sächsischen Volkskammer nicht sonst noch ganz kluge Köpfe gibt. Aber ein Uebermaß an Kapazitäten ist jedenfalls nicht vorhanden. Und das ist bedauerlich, denn zum Wiederaufbau des Staates sollten eigentlich in diesem Hause die besten Köpfe des ganzen Landes versammelt sein.

Die Blumen sind verschwunden und man hat sich nicht an die parlamentarischen Gebräuche von früher wieder gewöhnt. Das merkt man vor allem daran, daß schon heute manche Redner vor teilweise leeren Bänken sprechen mußten. Minister Gradnauer beantragte die Verfassungsvorlage. Die Frage des Staatspräsidenten macht scheinend der Regierung am meisten zu schaffen. Die mehr-

Sozialdemokratische Fraktion hat im Gegensatz zum Statut in diesem Punkte vorläufig den Unabhängigen Konzeptionen gemacht und die Einsetzung eines Staatspräsidenten fallen lassen. Gradnauer legte aber den Abgeordneten eindringlich nahe, sich die Sache nochmals reiflich zu überlegen. Eine weitere Begründung des Verfassungsentwurfes gab der Justizminister Harnisch, der sich u. a. zu dem Bekenntnis drückte: Es brennt uns der Boden unter den Füßen. Er vergaß nur, hinzuzufügen, daß das vor allem auf die Sozialdemokratie zutrifft, die es nicht vermocht hat, die radikale Welle aufzuhalten. Auch Minister Harnisch gab sich Mühe, klarzulegen, daß wir ohne Staatspräsidenten als juristischer Persönlichkeit des Gesamtvolkes nicht existieren würden. Der Präsident müsse der ruhende Pol in der Erscheinung sein. Der mehrheitssozialdemokratische Führer Siederer erklärte darauf, er wolle heute mit längeren Ausführungen sparen. Dann gab er die Ansicht seiner Freunde dahin kund, daß die Selbstständigkeit Sachsens nur als eine vorübergehende anzusehen sei. Es müsse die allgemeine deutsche Republik geschaffen und Sachsen zur Provinz werden. Durch die Einsetzung eines Staatspräsidenten würde die demokratische Grundlage verwickelt. Es dürfe kein Schottens einer Autokratie entstehen. Auffallend war, daß der demokratische Führer Ritzke ebenfalls Bedenken gegen den Staatspräsidenten äußerte. Nachdem aber Reichner von den Unabhängigen das Wort und gleich kam Leben in den Saal. Er trat natürlich auch für eine Einheitsrepublik ein und nahm scharf gegen die Reichspolitik der Mehrheitssozialdemokratie Stellung. Nach seiner Ansicht sei die Tätigkeit der Mehrheitsparteien in der Nationalversammlung nicht einmal mehr Demokratie. Die Gemeinden müssen in Zukunft verfassungsmäßig Faktoren von außerordentlicher Bedeutung werden. Sie müßten die Zellen des politischen, wirtschaftlichen und geistlichen Lebens sein. (Zurück rechts: Autonomie der Gemeinden.) Die Arbeiterräte müssen verfassungsgemäß verankert werden. (Widerpruch im ganzen Saale, Beifall b. d. Unabh.) Wenn die Gegenrevolution (Reaktion) weiter ihr Haupt erhebe, müßten dann andere Maßnahmen getroffen werden. Die Einsetzung eines Staatspräsidenten sei die Errichtung des Königtums in veränderter Form. Er verlangte natürlich dann weiter sofortige Sozialisierung und bezeichnete das Programm von Neureich und Genossen als brauchbare Unterlage. Auf einen Zwischenruf erklärte er: Staatsräte lehnen wir ab. Staatsräte wird sich nur wohl nach einer anderen Partei umsehen müssen; denn es ist Unabwägbar. Der demokratische Abgeordnete Bauer nahm gegen den Gedanken der Einheitsrepublik Stellung und trat für den Staatspräsidenten ein. Auch der Redner der Deutschen Volkspartei Abgeordneter Koch sprach im ähnlichen Sinne. Auf Grund seiner Erfahrungen in Weimar erklärte er, wir müßten nach auf lange hinaus mit dem Staate Sachsen rechnen, wenn wir uns nicht von den süddeutschen Staaten trennen wollten. Der Verfassungsentwurf wurde dem Ausschuss überwiesen und man darf erwarten, daß sich die Mehrheitssozialdemokratie unter das konstante Joch der Unabhängigen beugen oder den Wünschen der ebenfalls nur aus mehrheitssozialdemokratischen Mitteln zusammengesetzten Regierung in der Frage des Staatspräsidenten Rechnung tragen wird.

### Krise im Kabinett?

Weimar, den 27. Februar 1919

Man spricht uns von parlamentarischer Seite: Kaum ist das neue Kabinett ein paar Tage in Tätigkeit, da flutet man sich in arabischen politischen Streifen schon an, daß es bereits „kriselt“. Nun ist es ja richtig, daß das Reichskabinett in der Gestalt in der es sich augenblicklich darstellt, wirklich keine Homogenität, keine Gleichartigkeit in Form und Auffassung darstellt. Solche Kabinette tragen immer Zerstückelungen in sich. Wenn man nur darauf achtet, so kann man allerdings bei solchen Kabinetten stets von einem „latenten“ Kriegszustand sprechen.

In einem Teil der Presse werden nun mit wichtiger Miene Andeutungen über solche gegenwärtigen im neuen Kabinett gemacht, welche unweigerlich im Laufe der Zeit zur Krise führen müßten: Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, kann jedoch davon keine Rede sein.

Wir haben allerdings auch das Empfinden — und wer sich die Dinge näher zu belehen vermag, wird unwillkürlich das Gefühl haben müssen — daß die jetzige Kabinettsbildung ein Verlegenheitsprodukt geradezu klassischer Art ist. Es wird so lange halten, als es eben hält. Vom Standpunkte des Reichsinteresses aus muß man freilich wünschen, daß die jetzige Kombination wenigstens so lange hält, bis die definitive Reichsverfassung unter Dach und Fach ist. Es werden auch alle Anstrengungen gemacht, um bis dahin den Zusammenhalt zu sichern.

Weshalb begegnet man in der Presse Darstellungen über Zwiepältigkeiten zwischen dem Staatssekretär des Reichens Grafen Prochordoff und dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission Reichsminister Erzberger. Es wird dabei behauptet, daß Graf Prochordoff die Unterstellung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt verlangt habe. Wie wir jedoch von maßgebender Stelle erfahren, trifft diese Behauptung nicht zu. Die Waffenstillstandskommission ist durch den Aufgabenkreis, der ihr zugewiesen ist, zu einer selbst unabhängigen Behörde geworden, daß eine Einsetzung in das Auswärtige Amt schon aus technischen, ganz zu schweigen, von politischen Gründen, nicht ratsam wäre. Wie wir weiter bestimmt erfahren, vertritt diese Ansicht gerade der Leiter des Auswärtigen Amtes selbst. Im übrigen handelt es sich bei der Waffenstillstandskommission ja auch nur um die Fragen des Waffenstillstandes und damit um die Regelung der Verhältnisse für die Uebergangszeit bis zum Frieden. Alle Maßnahmen zur Gestal-

tung dieses Friedens sind selbstverständlich Angelegenheiten des Auswärtigen Amtes.

Etwas ernster zu nehmen sind die in politischen Anschauungen begründeten Gegensätze, die zwischen einigen Mitgliedern der mehrheitssozialistischen Partei im Kabinett und Mitgliedern der Demokratischen Partei bestehen. Das Zentrum schaltet für diese Differenzen aus, weil es keine politischen Posten inne hat. Aber auch das Zentrum ist von diesen Dingen nicht unberührt. Die Angriffe, welche bei der politischen Debatte in der Nationalversammlung von Seiten einiger mehrheitssozialistischen Redner gegen das Zentrum gerichtet wurden, haben dieser Partei Veranlassung gegeben, einen Einspruch geltend zu machen, von dem man im Augenblick wirklich noch nicht sagen kann, ob er doch noch im Laufe der Zeit zu politischen Konsequenzen sich auswirken wird. Das eine darf man wohl sagen: Wäre nicht das Gefühl für die Notwendigkeit der Mitarbeit am Weimarer Kabinett stets von einem „latenten“ Kriegszustand frechen.

### Deutsches Reich

#### Einschließung von Weimar?

Berlin, 27. Februar. In dem Aufkommen von Spartakistischen Unruhen in Mitteldeutschland glaubt man dem „Lokalanz.“ zufolge in Weimar einen ganz bestimmten Plan zu erkennen. Es sei eine Art Einschließung Weimars geplant, die von Osten und Westen vorgenommen werden soll. Einstweilen bestrebe keine direkte Gefährdung irgendwelcher Art.

#### Die Ausdehnung des Streikes in Mitteldeutschland.

Berlin, 27. Februar. Im Braunkohlengebiet bei Halle wird gestreikt, um den Sturz der Reichsregierung und die Beilegung der Nationalversammlung zu erzielen. Dieser Streik wird kein anderes Ergebnis haben, als das, gerade die ärmsten Bevölkerungskreise dieser Gegend den schwersten Folgen einer Kohlennot auszusetzen und in einigen Tagen der Hungersnot auszuliefern. Das gleiche gilt von dem Streik der Eisenbahnarbeiter in Halle und anderen Orten, die in völliger Verkennung der Lage sich zu einem Sympathiestreik haben verführen lassen. Der Eisenbahnbetrieb bei Halle ist bereits gestört. Von der Regierung sind unverzüglich Maßnahmen zur Unterdrückung solchen Terrorismus in die Wege geleitet worden. Nach einer Meldung aus Weimar sind bereits Truppen im Anmarsch auf Halle. Es ist fraglich, ob die Parlementsorgane Berlin-Weimar noch verkehren können. Die Bürgerwehr von Halle hat beschlossen gleichfalls in einen Proteststreik einzutreten, um dadurch die Spartakisten zu zwingen, von der Terrorisierung der Massen Abstand zu nehmen.

Leipzig, 27. Februar. In der Sitzung der A.- und S.-Räte und Vertriebsausschüsse, die stattfand, teilte Dr. Kurt Seyer mit, daß nach der vorliegenden Abstimmung 33009 Stimmen für den Generalstreik und 5312 dagegen abgegeben wurden. Der Streik soll heute früh beginnen. Außer den Arbeiten größerer Zehnbetriebe haben die Eisenbahner einstimmig, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter: großer Mehrheit, ferner die Straßenbahner die Teilnahme am Streik beschlossen. Dieser erstreckt sich jedoch nicht auf Lebensmittelbetriebe (Bäckereien, Fleischereien und Schlachthöfe), Lagereite, Krankenhäuser und Wasserwerke. Auf die Arbeiter der bürgerlichen Zeitungen soll eingewirkt werden, die Arbeit niederzulegen. Seit gestern ruht der Eisenbahnverkehr vollständig. Kein Zug verläßt den Bahnhof und die nach Leipzig auf der Fahrt befindlichen Züge werden unterwegs angehalten. Der Fernsprechverkehr zwischen Leipzig und Halle ist infolge des Streiks unterbrochen. Die Stadt Halle ist von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten. Entgegen einer auf Mitteilungen des hiesigen Arbeiterrats beruhenden Meldung, wonach auch die Postunterbeamten sich dem Generalstreik angeschlossen hätten, wird von beiderseitiger Seite mitgeteilt, daß diese in einer im Hofe des Hauptpostamtes abgehaltenen Versammlung, an der Postbeamte, Unterbeamte, Beamtinnen, Kriegsanwärter und Telegrammbediener — im ganzen etwa 3000 Personen — teilnahmen, gegen nur drei Stimmen die Teilnahme am Streik abzuwehren und nur der Gewalt zu weichen beschloßen. An die Reichsregierung in Weimar wurde ein Sympathie- und Ergebenheitstelegramm gerichtet. Die Polizeibeamten haben beschlossen, sich im Interesse von Ruhe und Ordnung neutral zu verhalten und sich nur am Streik zu beteiligen, wenn sie gewalttätig dazu gezwungen würden.

Zu Vornau und Neufelmer Kohlenrevier haben die Volepschaften beschlossen, in den Streik einzutreten. Im Vornauer Revier handelt es sich um 20 Werke mit etwa 10000 Arbeitern. Im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier ruht die Arbeit auf sämtlichen Gruben, ebenso in Anhalt. Der Eisenbahnstreik erstreckt sich von Nordhausen über Halle bis nach Torgau. Halle ist völlig abgesperrt. Bitterfeld und Delitzsch ebenfalls. In der chemischen Industrie liegen alle großen Betriebe still, so die Leunaerwerke, die Reichsdüngstoffwerke und seit mittag die großen Aluminiumwerke in Bitterfeld. Die Ueberlandkraftwerke Golbe, Bitterfeld und Schornewitz haben den Betrieb eingestellt.

Leipzig, 27. Febr. Der gestern beschlossene Generalstreik ist heute früh in Wirksamkeit getreten. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt. Es brennt weder Gas noch Elektrizität. Der Leipziger Bürgerausschuß erläßt in den bürgerlichen Blättern Aufrufe an die Leipziger Kaufmannschaft, Handwerkerschaft, Adligen und staatlichen Beamten, Metzger, Apotheker, Rechtsanwältinnen und Lehrer und fordert diese auf, von heute mittag 12 Uhr an in den allgemeinen Bürgerstreik einzutreten als Protest gegen den Generalstreik der Leipziger Arbeiterschaft.

Wie verlautet, soll der Vorsitzende des Leipziger A.- und S.-Rates, Schriftleiter Seger, zurückgetreten und an seine Stelle Stadtverordnetenvorsitzer Kurt Seyer getreten sein.

Der Leipziger Hauptbahnhof ist in der vergangenen Nacht vollständig geräumt worden. Auch die Wirtschaftsräume sind geschlossen. Die Eingänge zum Hauptbahnhof sind mit Matrosen besetzt.

Weimar, 27. Februar. Jeder Drahtverkehr sowie die Zugverbindung zwischen Halle und Weimar ist gesperrt.

Zum Generalstreik wird ferner gemeldet, daß in Leipzig beschlossen worden ist, den Streik bis zur Beseitigung der Regierung und bis zur Auflösung der Nationalversammlung fortzusetzen. Die Streikenden in Leipzig erklärten sich mit den Streikenden von Halle solidarisch. In Gotha wurde mit 4000 gegen 400 Stimmen beschlossen, den Generalstreik fortzusetzen. Auch in Weimar gehen Gerüchte um, daß dort ein Streik bevorsteht. Die Eisenbahnverbindung mit Berlin war gestern abend von Weimar aus auf keiner Linie möglich. Man versuchte den Parlamentzug über Gera und Dresden zu leiten, was ebenfalls nicht möglich war. Auch die Verbindung über Magdeburg war gesperrt. Die Streikenden in Halle haben die Absicht bekundet, mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten. Heute soll ein Regierungsparlamentarier nach Halle fahren. Von den 22 Unabhängigen sind nur noch vier in Weimar. Alle anderen sollen in das Streikgebiet abgereist sein, um zu verhandeln.

#### Die Beisetzung Eisners.

München, 26. Februar. Heute vormittag ist Kurt Eisner zu Grabe getragen worden. Eine glänzende Feier hat der Zentralrat für den früheren Ministerpräsidenten hergerichtet. Das ganze Völkchen ist zur Totenfeier befohlen worden. Das Diktat eines allgemeinen Landesstufenfeiertages läßt die Arbeit heute im ganzen Lande ruhen. Keine Straßenbahn verkehrt. Kein Betrieb ist geöffnet. Von allen öffentlichen Gebäuden wehen Halbhohe die schwarzen und die roten Fahnen. Die Besitzer der Privathäuser aber sind mit dem Trauerkranz zurückhaltend gewesen. Schon um 8 Uhr drängten die Arbeiter nach der Theresienstraße, wo sich um die Bavaria viele Tausende sammelten. Der Münchner Sängerbund sang Eisners Gesang der Völker nach der Melodie des alten niederländischen Tanzgebietes: „Wir werden im Sterben um ferne Gestirne, sie blinken im Zinken und stürzen in Nacht.“ Der Gesang wurde von der Masse aufgenommen. Als das Schlusswort aber verklungen war, ordnete sich der Zug. Zuerst kamen die vielen Kranzdeputationen, dann die Reichsberger Bergleute in ihrer Knappenrüstung mit der Gewerkschaftsfahne. Es folgten Soldaten mit ihren Kapellen und schließlich in enbloßer Folge die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vereine aller Richtungen, Hunderte von roten Fahnen und Gewerkschaftsfahnen wurden im Zuge getragen, dessen Vorbeimarsch über eine Stunde dauerte. Von der Theresienstraße marschierte der Zug über den Sendlinger Torplatz nach dem östlichen Friedhof, betrat aber den Friedhof selbst nicht. Der Eintritt war nur auf Grund besonderer Karten möglich. In der Ansammelhalle des Friedhofes fand die eigentliche Trauerfeier statt. Als der Trauerzug im Friedhof angelangt war, setzten alle Glocken Münchens mit Gelächter ein. Im übrigen müssen auch sämtliche Glocken des Landes heute von 10—10½ Uhr schweigen werden. Mit einem Bräutigam von Bach, das von der Orgel gespielt wurde, begann die eigentliche Trauerfeier. Dann wurde die Arie aus „Die Entführung“ gesungen und nun defilierten unter den Klängen der Orgel die Deputationen der einzelnen Vereinigungen mit den Kränzen an der Bahre vorbei und legten die Namensteine dort nieder. Die Gedächtnisrede Eisners hielt Landauer. Darauf wurde der Sarg durch Matrosen aufgehoben und zur Verbrennungshalle getragen. Der Einäscherung wohnten nur die Verwandten und die nächsten Freunde des Verstorbenen bei. Während der Sarg verbrannt wurde, sang der Chor des Nationaltheaters das Grablied. Zu gleicher Zeit stimmte die vor dem Kirchhof befindliche Musiktruppe Chopins Trauermarsch an, womit die Trauerfeier ihr Ende erreichte.

#### Der Mörder Eisners.

Weimar, 26. Februar. Der Mörder Kurt Eisners soll, wie der Vertreter Bagerns, Professor Luidde, im Staatsanwaltschaftsamt mitteilte, nicht mit dem Grafen Arco identisch sein. Es handle sich um einen bisher unbekanntes Mann, der eine verkrüppelte Hand habe. Neue Feststellungen würden sich erst ermöglichen lassen, wenn die Angehörigen des Grafen, die München fluchtartig verlassen haben, wieder zurückkehren.

#### Der Erzbischof von Bamberg mit dem Leben bedroht. Kirchensturm in Bamberg.

Nürnberg, 26. Februar. Der „Frank. Anzeiger“ meldet aus Bamberg: Nach einer heute vormittag ankündigten Einäscherung Eisners von 5000 Personen befinde sich die Trauerkundgebung am es trotz der Aufforderung, ruhig nach Hause zu gehen, zu schweren Ausschreitungen jugendlicher Feldtruppen und halbwegsiger Burden. Diese zog er nach der St. Martinskirche, um gegen die Verweigerung des angeordneten Glockengeläutes zu protestieren. Die Kirche wurde gewaltsam geöffnet und schwer beschädigt, wobei auch einige Schüsse gegen die Wohnung des Küsters abgefeuert wurden. Mehrere Soldaten begaben sich in das Innere der Kirche und setzten die Glocken in Bewegung. Inzwischen hatten Abteilungen des 2. Feldartillerieregiments mit zwei Maschinengewehren das Rathaus, das erräumt werden sollte, besetzt. Die Menge zog dann nach dem Dom, dem erzbischöflichen Palais und der Klosterkirche St. Jakob. Die versperrten Kirchentüren wurden mit Beilen und Stemm-

eisen gewaltfam gesprengt und schwer beschädigt. Soldaten und Zivilisten drangen in die Kirche ein und setzten auch hier die Gloden gewaltfam in Bewegung. Der Dompropst Geiger wurde schwer am Leben bedroht, ebenso Erzbischof Dr. v. Hauck, der sich in der dortigen Kirche aufhielt und beruhigend auf die Demonstranten einzuwirken versuchte. Herbeigerufenen Artillerieabteilungen mit Maschinengewehr und Schunmannschaften stellten die Ordnung wieder her. Der in einzelnen Kirchen angerichtete Schaden ist bedeutend. 13 der Hauptschuldigen wurden verhaftet.

Der bairische Zentralrat gegen das Reich

München, 26. Februar. Alle heute unter Vorzeichen erschienenen Zeitungen bringen einen Aufruf des Zentralrates „An Preußen“. Dieser Aufruf ist an Weimar und Berlin gerichtet. Scheidemann wird zugerufen: „Was auch die nächsten Tage in München bringen mögen, keine Reichsinterventionsgelüste! Keine eisernen Divisionen! Wage niemand, das bayerische Reservatrecht anzutasten: Deutschland und das Reich könnten darüber in Trümmer gehen!“

Die Lage im Osten.

Bromberg, 26. Februar. Am 25. Februar griff der Pole mit einer Kompanie nach Infanterie und Maschinengewehrfeuer Kleinwolldorf über die Demarkationslinie hinaus an. Er wurde im Gegenstoß zurückgeworfen. Das Eingreifen herangeholter Verstärkungen wurden durch unser Feuer verhindert. Die polnischen Gefangenen sagen aus, daß ihnen von einem Waffenstillstande nichts bekannt sei. Bei Rakel wurden feindliche Patrouillenvorstöße zurückgewiesen.

Berlin, 26. Februar. Die Polen setzten in der Provinz Polen ihre Angriffe und Patrouillenvorstöße an folgenden Stellen fort: 1. an der Ost- und Nordfront von Bissa, sowie bei der Großgrüner Fähre und bei Stresze, nördlich Bentschen Patrouillenvorstöße; 2. am 20. Februar 10 Uhr abends, nach Artillerievorbereitung Angriff auf Margonin, südlich Margonin; 3. am 21. Februar Angriff bei Mierolaw, südlich Uch; 4. Angriff bei Oberleschnitzer Forst und bei Unterleschnitz gegen Kolmar. Die lebhafte aufgestellte Behauptung, daß die Polen sich Kolmars bemächtigen wollten, findet hierdurch ihre Bestätigung. In Wisienbach östlich Komarisch, erklärte polnisches Militär, es dachte nicht daran, das Abkommen mit der Entente zu halten. Die Angriffe würden im Gegenteil fortgesetzt werden.

Weimar, 26. Februar. Bekanntlich ist in Polen eine französische Kommission tätig, die den Auftrag hat, die näheren Bedingungen des Waffenstillstands zur Durchführung zu bringen. Diese Kommission hat jetzt die Stadt Birnbaum, die bekanntlich nach dem Waffenstillstandsabkommen jenseits der zwischen Polen und Deutschland gezogenen Demarkationslinie lag, den Deutschen zugesprochen.

Litau, 26. Februar. Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff von der Land- und Seeseite, an dem reichsdeutsche Truppen und deutschbaltische Landeswehrformationen beteiligt waren, nach heftigem Kampfe eingenommen.

Rom 25. Februar abends wird gemeldet: Patrouillenvorstöße an der ganzen Front und Flugzeug-Erkundung ohne besondere Ereignisse. Ein Flieger wurde westlich von Czern von zwei Geschützen mit 40 Schuß beschossen. Er nahm die Geschütze unter Feuer. Der Kampf bei der Einnahme von Windau am 24. Februar war schwer. Der Gegner, mindestens 300 Mann stark, wehrte sich hartnäckig, auch nachdem er ins Innere der Stadt zurückgeworfen worden war. In der verwundete deutsche Gefangene wurden befreit. Die Verluste des Feindes sind schwer, nur eine geringe Anzahl konnte entkommen. Die eigenen Verluste betragen etwa 10 Tote und 40 Verwundete. Genaue Angaben fehlen noch.

Räumung des rechten Rheinufer.

Mannheim, 26. Februar. Die Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen wurde heute mittag von der französischen Besatzungsbehörde für den Personen- und Fuhrwerkverkehr vorläufig vollständig gesperrt. Das Sammellager des Verbandes in Mannheim wurde gestern plötzlich aufgehoben, die Wachmannschaften, sowie das amerikanische Wachpersonal haben Mannheim verlassen. Aus Karlsruhe wird weiter berichtet, daß die Franzosen aus unbekanntem Grunde auch die Häfen von Karlsruhe und Rheinau räumten und sich auf das linke Rheinufer zurückzogen.

Die Grafschaft Blas gegen die Tschechen.

44 Gemeinden und Körperschaften der Grafschaft Blas haben folgende Erklärung abgegeben: „Wir Bewohner der Grafschaft Blas, jeden Standes, jeden religiösen und politischen Bekenntnisses, verwahren uns ganz entschieden gegen die Absicht, uns von Deutschland zu trennen. Wir wollen mit tschechischen Völkern in friedlicher Nachbarschaft leben. Aber wir bekennen uns als deutsches Volk seit Jahrhunderten und verbitten uns unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker jede Vergewaltigung.“

Das Reichseisenbahnprogramm.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Hoff, erklärte dem Direktor der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Stollberg: Die Frage, ob die Reichsverfassung in dem bekanntgegebenen Entwurf zu einem Fortschritt auf dem Gebiete des öffentlichen Verkehrs führen werde, ist zu bejahen. Der erste Fortschritt ist die ausdrückliche und feierliche Erklärung in Artikel 89, daß es die Aufgabe des Reiches sei, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in ihre Verwaltung zu übernehmen. Es ist das von weitesten Volkswirtschaften gewünschte Reichseisenbahnprogramm, dessen Durchführung die deutsche Republik in den Besitz und Be-

trieb aller Eisenbahnen bringt. Der Minister erklärte weiter: Durch Artikel 97 seien die Eisenbahnverwaltungen zur Einführung einheitlicher Einrichtungen und Maßnahmen auf allen Gebieten des Verkehrs, des Betriebes, des Baues und der Verwaltung der Eisenbahnen verpflichtet. Die ins Auge gefaßten Reformen schäfen eine breite Unterlage für längst angestrebte Verbesserungen, namentlich des Durchgangsverkehrs, aber auch für die so dringend notwendige Hebung des Wirtschaftsergebnisses. Ein weiterer Fortschritt sei die Einheitlichkeit der Reichsaufsicht über die Eisenbahnen, solange sie noch nicht vom Reich verstaatlicht würden. Es gebe keine Reservatrechte mehr.

Eine Regierung der Linken in Preußen?

In Weimar haben in diesen Tagen Verhandlungen zwischen Vertretern der vorläufigen preussischen Regierung und den demokratischen Mitgliedern der preussischen Nationalversammlung Cassel und Otto stattgefunden. Die Frage der Regierungsbildung in Preußen dürfte bei diesen Verhandlungen im Vordergrund gestanden haben. Wie der Weimarer Vertreter der E. V. E. zuverlässig hört, sind Bestrebungen im Gange, möglichst ohne das Zentrum die Regierung in Preußen zu bilden. Um das zu ermöglichen, haben die Agn. Cassel und Otto in Weimar mit der Sozialdemokratischen Partei verhandelt, um eine Einigung der beiden Parteien der Linken in der Kirchen- und Zankfrage herbeizuführen. Wenn die Linke ihre Zeit gekommen glaubt, ihr freies- und laienfeindliches Programm verwirklichen zu können, so möge sie immerhin den Versuch wagen. Das Zentrum geht freilich nicht darauf ein, in die Regierung einzutreten. Ohne Einwirkung auf die Lage würde ein solches Vorgehen der Linksparteien aber wohl kaum bleiben können. Wie die „Germania“ hört, ist am Dienstag mittag, einer Aufforderung der preussischen Regierung Folge leistend, der Führer der preussischen Zentrumsfraktion Geh. Rat Dr. Porich in Weimar eingetroffen.

Ein Brief Ludendorffs an Ebert.

Wie die Telegraphenunion erfährt, hat General Ludendorff den deutschen Beamten in Stockholm um Uebermittlung folgenden Schreibens an den Präsidenten der deutschen Republik, Herrn Ebert, gebeten:

Herr Präsident!

Zur November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück. In Ruhe, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, legte ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit schriftlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus lernen wird. Ich will dem deutschen Volke weiter dienen, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not braucht es jede Kraft, die selbstlos nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volkes steht wider mich. Aus meiner Schrift wird es mein Handeln erkennen. Sie kann nur meine Auffassung vertreten. Es ist für das Vaterland, aber auch für mich notwendig, daß allseitige Klarheit darüber herrscht, was ich während der vier Kriegsjahre tat, und wo die Wurzeln meines Unfalls liegen. Ich fehere jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuführen. Ludendorff.

Reichsregierung und Sozialisierung.

Berlin, 26. Februar. Das Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung, an der auch der Minister für Demobilisation, teilnahm, in dreistündiger Beratung sich mit der gesamten Wirtschaftsfrage befaßt. Ausgesprochen wurde beschlossen, für die Neubelebung des Transportwesens und die Wiederinstandsetzung der Transportmittel Sorge zu tragen. Ein Hinweis war auch das Kabinett der Ansicht, daß alle zuständigen Stellen mit voller Entschiedenheit und unerschütterlich damit beginnen müßten, die Sozialisierungsabsichten der Reichsregierung zu verwirklichen.

Aus dem Ausland

Räumung von Teschen.

Prag, (Tschecho-slav. Pressebureau.) „Narodni Listy“ meldet aus Teschen, daß dort drei Entenregimente eingetroffen sind. Die den tschecho-slavischen Truppen die Weisung gaben, sofort das Teschener Gebiet zu räumen, wie dies in Paris zwischen der polnischen und tschecho-slavischen Regierung vereinbart worden sei. Alle Einwände blieben unbeachtet. Die Generale forderten die strikte Durchführung des Pariser Abkommens. Auf Weisung von Prag aus wird mit der Räumung begonnen.

Aus Stadt und Land

Dresden, 26. Februar 1919

— Verteilung von Auslands marmelade. Auf Ausweis 257 der laufenden Lebensmittelkarte wird vom 6. März ab 1/4 Pfund Marmelade (hergestellt unter Verwendung von Auslands-Obst und Zucker) verteilt. Anmeldung am 27. oder 28. Februar. Der Preis beträgt 2,05 M. für das Pfund.

— Eine Kundgebung der Unabhängigen. Für Mittwoch vormittag 10 Uhr hatte die unabhängige sozialdemokratische Partei in Dresden zu einer Kundgebung aufgerufen aus Anlaß der Verletzung Eisners. Auf dem Wiener Platz sammelten sich die Demonstranten. Es bildete sich ein Zug von etwa 2000 Teilnehmern, die sich durch die Prager Straße zum Altmarkt, über die Wilsdruffer Straße, Ostra-Allee, Weiberlystraße, Schützenplatz, zurück über die Ostra-Allee zum Theaterplatz bewegte. Es wurden mehrere Ansprachen gehalten. Danach zerstreuten sich die Teilnehmer.

— Der 1. Mai, der in diesem Jahre auf einen Donnerstag fällt, soll als gesetzlicher Ruhetag begangen werden. Der Volkstag wird in den nächsten

Tagen ein Antrag beider sozialdemokratischer Fraktionen zugehen.

— Sperrung der böhmischen Grenze. Die tschecho-slavische Regierung hat Mittwoch abend den gesamten Eisenbahnverkehr über die Grenze in beiden Richtungen gesperrt. Die Sperre hängt vermutlich mit der Abstempelung der böhmischen Banknoten zusammen und wird voraussichtlich bis zum 9. März dauern. Auf den sächsischen Uebergangswegen wird der Personenzugverkehr bis zur Landesgrenze aufrechterhalten. Die bisher zwischen Dresden-Bischofsberga und Zittau über Wagnsdorf verkehrenden Züge werden für die Dauer der Sperre in der Oberoderwitz umgeleitet.

— Erhöhung der Teuerungszuschläge der Staatsbeamten. Von zuständiger Seite wird uns folgendes mitgeteilt: Wie bekannt, schwelen im Reich und auch in Preußen gegenwärtig Erörterungen über eine Erhöhung und anderweite Regelung der laufenden Teuerungszuschläge der Staatsbeamten, Diätarier, Geistlichen und Lehrer. Die Verhandlungen, bei denen auch die sächsische Regierung vertreten war, stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß, so daß in abernächster Zeit mit der Durchführung der neuen Bestimmungen zu rechnen ist. Wie bisher, wird sich die sächsische Regierung auch in dieser Teuerungsmahnahme zugunsten der Staatsangestellten unverweilt dem Vorgehen des Reiches und Preußens im wesentlichen anschließen. Die Regelung wird für alle Staatsverwaltungs-zweige gleichmäßig erfolgen; alle Sonderzulagen (Vertriebszulagen) kommen künftig in Wegfall. Sogenermaßen bei der Staatseisenbahnverwaltung den Beamten vorübergehend bewilligten sogenannten Vertriebszulagen wird für die übrige Beamtenschaft nachträglich ein Ausgleich durchgeführt werden. Weiterhin beabsichtigt die sächsische Regierung, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab zu dem tarifmäßigen Betrage der Wohnungsgeldzuschüsse einen Zuschlag von 50 v. H. zu bewilligen und hierdurch einen langgehegten und wiederholt auch von der Volksvertretung als berechtigt anerkannten Wunsch der Beamtenschaft nach Vereinfachung bzw. Abmilderung der jetzt zwischen den preussischen und sächsischen Sätzen bestehenden Unterschiede zu erfüllen.

— Dem Ministerium für Militärwesen sind Telegramme zugegangen, welche besagen, daß in einer Reihe von Garnisonen die Offiziere einfach abgesetzt worden sind. Das bedeutet einen glatten Bruch der Abmachungen, die die Vertreter der Garnisonen am 24. Februar 1919 nach mehrstündiger Beratung mit dem Volksbeauftragten für Militärwesen getroffen haben. Auf diese Art und Weise wird eine gedeihliche Arbeit einfach unmöglich gemacht. Wohin soll es führen, wenn ein von allen Beteiligten gutgeheißenes Abkommen nach zwei Tagen einfach wieder über den Haufen geworfen wird. Das Ministerium für Militärwesen kann sich bei diesem flagranten Bruch des getroffenen Abkommens nicht beruhigen und muß verlangen, daß den Bestimmungen über die Kommandogewalt, die im Einvernehmen und mit Zustimmung der Soldatenräte beider Korps aufgestellt worden sind, sowie den Abmachungen des vergangenen Montags Rechnung getragen wird. Die Urheber dieser neuerlichen und sinnlosen Hege gegen die Offiziere sollten sich doch einmal in Ruhe die Verhältnisse überlegen. Es hat doch wirklich keinen Sinn, wenn man eine ganze Klasse von Menschen, die ihre Arbeitskraft zum Wohle des Ganzen einsetzen will, nur deshalb verurteilt, weil in einem anderen Staate ein gänzlich verträglich junger Mann, von dem man noch nicht einmal weiß, ob er Offizier gewesen ist, einen politischen Nord beangene hat.

— Neuwahl der Schulvorstandsmitglieder. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts gibt folgendes bekannt: „Die beteiligten Stellen werden darauf hingewiesen, daß infolge der allgemeinen Neuwahlen zu den politischen Gemeindevertretungen die bisherigen Gemeindevertreter im Schulvorstande und die in den Schulausschuss entsandten Stadtverordneten ihres Wahlamtes verlustig gegangen sind. Für sie sind alsbald Neuwahlen herbeizuführen. Gemeindevorstände, Gemeindevorstände und Mitglieder des Stadtrats, die in den Schulvorstand oder Schulausschuss abgeordnet worden sind, verbleiben darin bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit für diese Körperschaft.“

Jucker-Karten. Nach der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittelamt, vom 10. Februar 1919 sind die noch bei den Händlern befindlichen Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 11 seitens der Kleinhändler an die Zwischenhändler spätestens bis zum 28. Februar, seitens der Großhändler an die der Juckerverteilungsstelle angehörenden Großhändler spätestens bis zum 5. März, seitens der Großhändler an die Juckerverteilungsstelle spätestens bis zum 10. März abzuliefern. In den gleichen Terminen sind die von den Juckerarten der Reihe 12 abgetrennten Bezugskarten an die genannten Stellen zur Ablieferung zu bringen. Die im Laufe des Versorgungszeitraumes abgegebenen Jucker-Bezugskarten für gewerbliche Zwecke und Ergänzungskarten der Reihe 13 sind fortlaufend nach Eingang mit künftiger Verschleimung abzuliefern. Das Ministerium behält sich vor, gegen sämtliche Ablieferer mit geeigneten Maßnahmen vorzugehen. Jede Einigung von Karten hat unter Einzeichnen oder mittels Wertpapiere zu erfolgen.

Demonstrationen in Ramenz.

In Ramenz wo bereits am Montag nachmittag vom A. und S. Rat in Bestürzung gegenrevolutionärer Bestrebungen die Entlassung sämtlicher Offiziere gefordert worden war, kam es Dienstag nachmittag zu einer Straßendemonstration der Arbeiter und Soldaten als Protest gegen die Ermordung Eisners. Der Betrieb in den Werkstätten ruhte von 2 Uhr ab. Die Bureaus und Ladengeschäfte blieben geschlossen. Vom „Ramenger Tageblatt“ wurde gefordert, daß dieses am Dienstag nicht erscheinen sollte; es erschien vor Beginn der Demonstration, und zwar auf zwei Seiten. Um 2 Uhr setzte sich der Zug, an dem etwa 800 Personen, meist Militär, teilnahmen, von der Kaserne aus in Bewegung. Die an der Spitze

maršierende Regimentskapelle spielte abwechselnd den Chopin'schen Trauermarsch, die Marschkapelle und den Sozialistenmarsch. Auf Verlangen des A- und S-Rats läuteten vom Turm der Hauptkirche die Glocken. Auf dem Markte hielten ein Offizier und ein Arbeiter Ansprachen, in denen die Revolution und deren Errungenschaften gefeiert und das Attentat gegen Eisner verurteilt wurde. Dann ging der Zug zur Kaserne zurück. Von 2 Uhr an feierten die Fabriken. Arbeitwilligen wurde der Eintritt in die Fabriken verweigert.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Schirgiswalde, 25. Februar. Als eine eindrucksvolle Kundgebung für die konfessionelle Volksschule gestaltete sich der gestrige Elternabend. Vor zahlreichem Publikum beider Konfessionen sprach Herr Schuldirektor Köstler in sachlicher Weise über die verschiedenen Schularten und über die Stellungnahme der einzelnen Lehrerverbände zur Schulfrage. Der Schluß des interessanten Vortrages zeigte die geplanten Neuordnungen, die aber augenblicklich nicht allgemein durchführbar sind. Es fehlt an Klassenräumen, an Material zum Bau und an Geld zur Befoldung der Lehrer, die neu eingestellt werden müssen, um alle Schulen auf die Höhe der jetzigen Bürgerkulturen zu erheben. Nach diesen wählend sachlichen Darstellungen sprach der Herr Pfarrer Kretschmer der konfessionellen Schule das Wort. Alle wirklichen Verbesserungen sollen Platz greifen, aber die Schulen sollen, so lange es irgend möglich ist, konfessionell bleiben. Wenn unsere Nachbargemeinden die geplanten Neuordnungen nicht durchführen können, warum sollen denn gerade wir den Anfang machen? Vor allem wollen wir nichts wissen von der konfessionslosen Schule, die nichts anderes ist als die Vorstufe der Schule ohne Gott. Also Vorsicht und Abwarten! Diesen allen aus dem Herzen gesprochenen Worten schloß sich Herr Pfarrer Thomas voll und ganz an. Herr Pfarrer Thomas geteilte besonders die ganz unvermeidliche Fiktion, mit der alles eingeführt werden soll. Die evangelische Gemeinde hat bei der Amtshauptmannschaft scharfsten Protest gegen solche Uebereilung eingelegt. In einem Schlusswort teilte Herr Direktor Köstler mit, daß die von der Regierung geplante Neuordnung des Schulwesens Oster 1919 auf keinen Fall durchführbar sei und einseitigen es bei den jetzigen Einrichtungen sein Bewenden haben werde. Die Mitteilung, daß die alten Schulvorstände wieder „arbeiten“ sollen, löste großen Beifall aus. Die ganze Versammlung war eine einmütige Kundgebung für die Beibehaltung der konfessionellen Volksschule.

Reutenersdorf, 26. Februar. In den neuen „Sittauer Rundschau“ Nr. 4 ist auch unserer Lobend gedacht: „Die Gemeinde Reutenersdorf hat auf Antrag des dortigen Zentrumsvereins die Wahlberechtigung der Deutschstörer auch für die Gemeindevahl einstimmig angenommen; noch lehnen die Nachbarn in Dresden das Wählerrecht für die Gemeinden ab...“ Ja, so ist es! Aber die Dresdner Herren lehnen noch ganz andere, selbstverständliche Anträge ab! Zum Beispiel um bei aller Freigabe eine gleichmäßige Entwicklung des Kindes zu ermöglichen, ist für jeden Verständigen der Einheitslichkeit der Schule in allen deutschen Staaten doch eine Selbstverständlichkeit. Aber die Dresdner „Sachverständigen“ denken scheinbar anders darüber! Deshalb die Bitte bei der Schulreform.

Schönitz. Ueber die Tätigkeit des Kathol. Arbeitervereins (Sitz Berlin) während des Krieges berichtete der Vorsitzende in der letzten Vereinsversammlung. Daraus war zu entnehmen, daß der Verein obwohl 105 Mitglieder zum Jahresende eintreten waren, regelmäßig bis auf zwei seine Versammlungen abhielt. Vertreten war der Verein auch während des Krieges im Konsumanten-Ausschuß, im sozialen Ausschuß nationaler Körperlichkeiten und durch einen Vertreter in der heiligen Ortskonferenz. Leider haben wir durch den Krieg auch beträchtliche Verluste erlitten, 11 Mitglieder wurden uns bis 2. J. als

gefallen gemeldet, 4 werden noch vermißt, 6 befinden sich in Gefangenschaft, 2 sind zurückgekehrt. Außerdem sind gestorben in dieser Zeit 15 Mitglieder und Frauen von Mitgliedern. Arbeitslosenunterstützung wurde 1078 Mk. 59 Pf., Krankengeld 1244 Mk. 89 Pf., Gewerkschaftliche Kriegsamilienunterstützung 844 Mk., an Sterbegeld 1675 Mk. und in zwei Fällen Unzulageunterstützung während des Krieges gezahlt. Die Versammlungen des Vereins finden jeden zweiten Sonntag im Monat im „Goldenen Anker“, Dresdener Straße 2, statt, mit Ausnahme des Juni (d. 15. 6.). Die Gewerkschaftsversammlungen werden kurz vorher bekannt gegeben. Kräftig emittiert sich wieder neues Leben im Verein, fortwährend sind wieder Neuzugänge zum Verband und seinen Gewerkschaften auch im hiesigen Verein zu verzeichnen.

Au die Mitglieder, Vertrauenspersonen und Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland.

Kriegsnot und innerpolitischer Zusammenbruch haben das deutsche Staatsgefüge erschüttert und unser Volk seelisch gemüht. Es muß sich wieder ermannen, um arbeitend und bildend die neue Ordnung aufzubauen. Alle deutschen Stämme werden dabei sein; wir hoffen und wünschen, auch unsere Mitbürger Brüder. Die deutschen Katholiken sind Gott sei Dank seit Jahrzehnten im Besitze einer berühmten Organisation, die ihnen Führer und Helfer sein wird bei dieser schweren Arbeit. Es ist unser Volksverein, der heute nötiger ist denn je. Zwar sind die Zeiten plötzlich anders geworden. Dem entsprachen auch neue Formen der Organisation auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete. Was uns aber auch die neue Zeit bringen mag,

unseren katholischen Volksverein, den großen allumfassenden Volksbildungs- und Erziehungsverein,

können wir keinesfalls entbehren. Er muß uns die grundlegende Schulung für das soziale und öffentliche Leben bieten. Er kann wie keine andere Organisation widerstreitende Interessen der Stände und Klassen im Rahmen des Gesamtvolkes ausgleichen. Er wird unsere christlichen Kulturideale verteidigen und sie durchsetzen helfen. In diesem Geiste soll er die Volkseele beeinflussen und gestalten.

In Anpassung an die neue Zeit wird er seine Aufgabe lösen. Die staatsbürgerliche und soziale Schulung wird er vertiefen, seine Arbeiten für die christliche Schule und Erziehung wird er verstärken, dementsprechend seine Zentrale ausbauen, die Landessekretariate erweitern und die Bezirkssekretariate vermehren. Vorerst allerdings muß der Verein um einige Nachhilfe bitten. Seine Zentrale liegt im besetzten Gebiet. Ihre Veröffentlichungen unterliegen der Zensur. Die Verkehrs- und Verbandschwierigkeiten sind nach wie vor groß. Dazu überweg für Monate das politische Interesse. Inbezug hoffen wir, diese Hemmnisse bald zu überwinden. So ergeht an die Mitglieder die bringende Bitte:

Helft am Wiederaufbau des Volksvereins im Lande.

Nichtet die Ortsgeschäftsleitung wieder auf, wo sie im Kriege zusammenbrach! Gewinnt neue frische Kräfte als Vertrauenspersonen! Halte Konferenzen und Versammlungen landauf, landab! Sammelt die Beiträge, die rückständigen von 1918 und die neuen im Betrage von 2 Mk. für 1919. Die kleine Erhöhung wurde im Interesse der so wichtigen Schulorganisation, deren Aufgaben der Volksverein nunmehr zum großen Teil übernimmt, notwendig; sie wird namentlich unserer Sache abträglich machen. Große Zeiten verlangen große Opfer und ideale Befinnung bei Führer und Volk. Boran in diesem Geiste, boran im Volksverein: „Mit Gott für Volk und Vaterland!“

Wemar im Februar 1919.

Der Vorstand des Volksvereins f. d. L. D., i. V.:

Krimborn, 1. Vorsitzender; Gröber, 2. Vorsitzender; Marx, Generaldirektor.

Vom Verband katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin. Wir hatten in Nr. 39 vom 17. Februar einen Bericht über die „Schlesische Volksztg.“ über eine Sitzung des katholischen Arbeitervereins in Rixdorf bei Berlin. Diese Sitzung wurde durch den Vorstand des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) um Aufnahme der nachfolgenden Mitteilung:

„Unser bisheriger Arbeitssekretär Knoll hat in der vorletzten Woche in drei Berliner Vereinen und Gewerkschaften den Mitgliedern den Austritt aus dem katholischen Gewerkschaft anempfohlen und Beitritts-erklärungen für die christlichen Gewerkschaften eingesammelt. Seinen Austritt aus dem Verband stellte Herr Knoll erst mehrere Tage nach dem Verbandsvorstand schriftlich mit. Inzwischen hat er sich im Dienste der christlichen Gewerkschaften nach Heiligenstadt, von wo er seltenerzeit zu uns gekommen war, begeben, um dort unsere Verbandsmitglieder für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen.“

Herr Knoll, der früher bei den christlichen Gewerkschaften gewesen ist, hat es unseres Erachtens unterlassen, in ein tieferes Verständnis des grundsätzlichen Charakters des Berliner Verbandes als einer katholischen, mit der Kirche verknüpften Organisation einzubringen. Diese grundsätzlichen Schwierigkeiten, die jahrzehntelang von unseren treuen Verbandsmitgliedern getragen und überwunden wurden, stießen ihn ab.“

Wir schließen damit die Diskussion über diese Angelegenheit vorläufig ab. Wie wir hören, finden aber zurzeit Einigungsverhandlungen zwischen dem Verbande Sitz Berlin und den christlichen Gewerkschaften statt. Wir würden es begrüßen, wenn diese Verhandlungen zu einem Ergebnisse führen würden. Um in den Gang dieser Verhandlungen nicht störend eingzugreifen, möchten wir daher auch von der Veröffentlichung weiterer Zuschriften, die uns in dieser Angelegenheit von beiden Seiten zugegangen sind, absehen.

Der katholische Jünglingsverein von Dresden-Johannisbad, besonders der Präfes des Vereins, bemerkt es auf's Beste, daß er bei dem Theaterabend am 18. Februar 1919 im Gesellenhaus den Begriff „ein Theaterstück aufzuführen“, das durch seinen Inhalt und die darin vorkommenden Misse geeignet war, die Hochachtung vor der Religion, das Ansehen und die Erziehungswürdigkeit der Schule und die Charakterbildung der Jugend zu schädigen. — Möge das gegebene Vergegnis durch diese Erklärung behoben sein!

Kirche und Unterricht

K Reutenersdorf. Am 6. April 1919 wird hier das hl. Sakrament der Firmung gespendet. Die Meldungen dazu haben bis zum 15. März beim Pfarramt zu erfolgen.

K Dresden, 25. Februar. Das 40köpfige Gebet wird am Sonntag, den 2. März, sowie an den beiden folgenden Tagen in der Josefsklosterkirche, Große Plauenische Straße 16, abgehalten. Das Allerheiligste ist früh von 5 Uhr bis zur Abendandacht ausgelegt. Die hl. Messen sind an allen drei Tagen um 5, 7, 9, 10 Uhr (Requiemamt); am Dienstag um 10 Uhr ist Hochamt. Die Abendandacht ist Sonntag und Montag um 8 Uhr, am Dienstag um 4 Uhr mit Gebet und Lebkorn. Die Gebetsstunden sind an allen drei Tagen von 12-1 Uhr für die Ehefrauen, am Sonntag von 2-3 Uhr für die Schulkinder, von 3-4 Uhr für die Jünglingskongregation, von 4-5 Uhr für die Marienvereine und den III. Orden; die Gebetsstunde des Hilfsvereins ist Montag von 3-4 Uhr; die der Herz-Jesu-Bruderschaft Sonntag von 5-6 und Montag von 4-5 Uhr.

Quittung

Beim Pfarramt der kath. Hofkirche sind von R. K. eingegangen: 40 Mk. für einen bedürftigen Theologen, 30 Mk. für den Kirchenbau in Mägeln, 30 Mk. für die Erlösmissionenkonvention in Wermsdorf. Gott vergelt's!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Paul Pfeil; für den Inzeratenteil: Erwin Schön. — Druck und Verlag der „Saronia-Druckerei“ G. m. b. H. in Dresden.

Rettet unsere Kolonien aus Feindeshand! Helft alle mit, sie zu erhalten, durch Unterzeichnung der umlaufenden Protestlisten. Reichsverband der Kolonialdeutschen, Ortsgruppe Dresden, Schloßstraße 11 (Hotel Stadt Gotha).

Dresdener Lehranstalt für Musik. Direktor: Organist Paul Walde. Dresden-Neustadt, Melanchthonstrasse 25. Fernsprecher 12552. Sprechzeit 10-1 Uhr. Fachschule f. alle Zweige der Tonkunst f. Beruf u. Haus. Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe). Aufnahme von Einzelsach- und Vollsachschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blas-Instrumente, Gesang, Laute, Mandoline, a. w. Theorie, Zusammenspiel, Musik-Geschichte, Dirigierübung, Kirchenmusik, Schüler-Orchester- und Chorklassen. Musikwissenschaftl. Vorträge, Komponisten-Abende, Schüler-Vortragsübungen und öffentl. Aufführungen. Eintritt jederzeit. Anmeldungen wechentags 8-7 Uhr.

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klerus zu Breslau herausgegeben von Dr. J. Nogwer, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Seppelt. Wäher sind erschienen: Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto. Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Seppelt. Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Regner. Heft 4: Vorsehung und Wäkerischicksale. Von P. Otto Gehaus S. J. Heft 5/6: Grundsätzliches zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei. Von Dr. G. Schlemann. Heft 7: Freiheit für unsere Orden. Von Konfistorialassessor Dr. Oskar Pollat. Soeben neu erschienen: Heft 8: Die Sozialdemokratie am Ruder! Von Dr. Nieder. Heft 9: Neue Rechte und Pflichten der katholischen Frau. Von P. Augustin Köstler, O. SS. R. Preis jeden Heftes 50 Pfg., portofrei zugesandt 55 Pfg., des Doppelheftes 1 Mk., portofrei 1 Mk. 10 Pfg. Sämtliche Hefte sind durch die Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“ zu beziehen u. bitten wir um Bestellung nach Folbeinstr. 46.

Witwe, 38 J. alt, katholisch, in geordneten Verhältnissen, guter Ausstr., schönem Grundstück mit Parkanlage in einer ruhigen Stadt Sadens, wünscht sich wieder glückl. zu verheiraten. Off. Beamter bevorzugt. Verschwiegenheit Ehrensache. Ang. unter „W. N. 4288“ der Sächs. Volksztg. erbeten. Suche für meinen Sohn bei kathol. Landwirt Stellung, gleichw. welcher Art. Alter 17 J., kräftig und gesund. Off. unter P. 8-4291 an die Exp. d. Bl.

Für Herren mit höherer Schulbildung. Sonderkursus in Buchführung, Korrespondenz, Effekten, Wechsel, u. Scheinkunde, kaufm. Rechnen, Kalk. kaufm. Wissen. Dauer 2-3 Monate. Vorkursus a. einzelnen Fächern ist zulässig. Stenogr. u. Maschinenschr. kann angehängt werden. Berl. Sie den Prop. H. Ratow's Handels- und Sprachschule, Altmarkt 15, Albertplatz 10, Fernsprecher 17 137.

Ueberführungen und Beerdigungen. Übernehmen in jeder gewünschten Ausführung auch aus allen Krankenhäusern, Pflegeanstalten, Kliniken und Lazaretten die Dresdner Beerdigungs-Anstalten. Pietät und Heimkehr. Am See 26, Bautzner Straße 37. Fernspr. 20157. Fernspr. 25091. Auskunft und Kostenanschläge unentgeltlich!